Sitzungsvorlage

Datum: 29.11.2019
Drucksache Nr.: **19/0471**

Beratungsfolge Wahlausschuss	Sitzungstermin 17.12.2019	Behandlung öffentlich / Entscheidung
--	-------------------------------------	--

Betreff

Verpflichtung der Mitglieder auf eine unparteiische Wahrnehmung ihres Amtes

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 2 Abs. 3 des Kommunalwahlgesetzes in Verbindung mit § 6 Abs. 3 der Kommunalwahlordnung verpflichtet der Vorsitzende die Beisitzer mit dem folgenden Wortlaut:

"ICH VERPFLICHTE MICH ZUR UNPARTEIISCHEN WAHRNEHMUNG MEINES AMTES UND ZUR VERSCHWIEGENHEIT ÜBER DIE MIR BEI MEINER AMTLICHEN TÄTIGKEIT BEKANNT GEWORDENEN TATSACHEN, INSBESONDERE ÜBER ALLE DEM WAHLGHEIMNIS UNTERLIEGENDEN ANGELEGENHEITEN."

Sachverhalt / Begründung:

Gemäß § 6 Abs. 3 der Kommunalwahlordnung verpflichtet der Vorsitzende die Beisitzer zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten. Dies bestätigen die Mitglieder durch Unterzeichnung einer Verpflichtungserklärung.

Ali Doğan
Wahlleiter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf _____ €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan _____ zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits _____ € veranschlagt; insgesamt sind _____ € bereit zu stellen. Davon entfallen _____ € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.